



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

09/10 | 2015

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Auf die Kommunen kommt es an!

**Liebe Freundinnen und Freunde
sozialdemokratischer Kommunalpolitik,**



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

noch vor wenigen Monaten war ich – wie sicherlich viele andere Kommunalpolitiker – überzeugt, die anstehende Verwaltungsstrukturreform wäre DAS die nächsten Jahre bestimmende Thema in Brandenburg und der SGK. Dass die Zahl derjenigen, die in Deutschland Zuflucht vor Krieg und Gewalt suchen, derart rapide steigen würde, ahnte wohl kaum jemand. Die Zeitläufte haben uns eines Besseren belehrt. Gegenüber Schätzungen zu Jahresbeginn, Deutschland werde in diesem Jahr 240 000 Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müssen, gehen wir inzwischen von einem Vierfachen dessen aus. Das ist eine Herkulesaufgabe für die Landkreise, Städte und Gemeinden. Unterkünfte bereitzustellen, die winterfest sind, ist bereits eine Herausforderung, die sich nur schwer meistern lässt. Die anschließende Integration in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt

wird eine nicht minder anspruchsvolle Aufgabe sein. Dies wird uns noch sehr viel Engagement und Langmut abverlangen. Der Einsatz jedoch lohnt sich, weil er wichtig und richtig ist, ein Gebot der Menschlichkeit, zu dem wir uns als SGK Brandenburg ohne jede Einschränkung bekennen. Diese humanitäre Verantwortung können wir aber nicht allein tragen und so müssen wir aus kommunaler Sicht einen doppelten Appell an die Bundespolitik formulieren:

- Der Bund muss sich sehr viel stärker finanziell an der Bewältigung dieser großen Herausforderung beteiligen. Geschätzten Kosten von zehn Milliarden Euro steht eine Beteiligung des Bundes ab 2016 von rund 3,5 Milliarden Euro entgegen. Wir brauchen in dieser Frage eine strukturelle, nachhaltig verlässliche Beteiligung des Bundes an den Kosten.

- Die Bundesregierung muss schleunigst und mit Nachdruck eine gesamteuropäische Lösung herbeiführen, die die Lasten auf allen Schultern gerecht verteilt. Als größte und einwohnerstärkste Volkswirtschaft der EU stehen wir zu unserer Verantwortung, den Löwenanteil zu tragen, können aber nicht akzeptieren, dass sich andere europäische Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

Unabhängig davon kommt uns als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe zu. Die Unterbringungs- und Integrationsaufgaben sind letztlich vor allem auf kommunaler Ebene umzusetzen. Genau dort, in den Kommunen, müssen wir auch das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Es gibt viele Menschen, die in Sorge um ihre eigene wirtschaftliche Exis-

Inhalt

Kommunales Investitionsprogramm des Bundes

25 Jahre SGK im Land Brandenburg

Warschau kommunal

Unsere Grundwerte reichen weiter als bis zur österreichischen Grenze

Ausschreibung Kommunalakademie 2016

tenz oder um ihren Arbeitsplatz sind, die Schwierigkeiten haben, mit ihrer knappen Rente Monat für Monat auszukommen, und die nur schwer verstehen, wie unsere Gesellschaft einerseits zu uns fliehenden Menschen hilft, während sie sich andererseits hilflos und im Stich gelassen fühlen. Politikern fällt es manchmal schwer zuzuhören. Den meisten liegt reden mehr. Wir sollten aber unsere Antennen öfter auf Empfang stellen, statt nur senden zu wollen. Hören wir uns an, was die Menschen auch und gerade zu diesem Thema bewegt. Wenn wir um diese Stimmungen wissen, können wir argumentieren, überzeugen und helfen, Vorurteile und Vorbehalte abzubauen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Nöte von Menschen gegeneinander ausgespielt werden, schon gar nicht, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Gesellschaft zu schüren. Unser Anspruch als Sozial-

demokraten ist es, für soziale Gerechtigkeit ebenso zu kämpfen wie für Solidarität mit Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Ist es nicht zynisch, vor dem Hintergrund der Flüchtlingsfrage zu fordern, wir sollten in Brandenburg die vor uns liegende Verwaltungsstrukturreform verschieben oder die Debatte darüber aussetzen? Die Not der bei uns Schutz Suchenden darf doch kein Vorwand sein, etwas auf die lange Bank zu schieben, was man ohnehin nicht will. BEIDES sind Aufgaben, denen wir uns JETZT stellen müssen. Zum einen erlaubt es uns eine Rücklage im Landeshaushalt jetzt, die Teilentschuldung der unter den Kassenkrediten ächzenden Kommunen vorzunehmen. Zum anderen bedeuten die vielen aus Altersgründen in wenigen Jahren aus dem Landesdienst scheidenden Mitarbeiter die Chance, Personalübergänge, die mit Aufgabenübertragungen verbunden sind, ohne soziale Härten zu gestalten. Hinzu kommt, dass das Zeitfenster vor der nächsten Kommunalwahl 2019, mit der die Strukturreform umgesetzt werden soll, keinen Aufschub zulässt. Die Handlungsnotwendigkeit, die alle Parteien bei der Verabschiedung des Berichtes der Enquetekommission 5/2 erkannt haben, besteht jetzt. Wir brauchen zukunftsferne Verwaltungen doch auch gerade, um ähnliche Herausforderungen auch künftig zu bestehen. Lasst uns nicht kleinmütig werden. Auf die Kommunen kommt es an!

Eure

Ines Hübner

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Vorsitzende der SGK Brandenburg

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Kommunales Investitionsprogramm des Bundes

Finanzschwach ist nicht gleich finanzschwach

Autor Niels Rochlitzer



Finanzminister Christian Görke (rechts) bei seiner Ernennung durch den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke im November 2014, verantwortlich für die Verteilung der Finanzspritze für Kommunen in Brandenburg
Foto: C. Maaß / SGK Brandenburg

Anfang März schnürte die Große Koalition auf Bundesebene das sogenannte Investitionspaket für Deutschlands Kommunen. Noch im Jahr 2015 werden 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und sollen an finanzschwache Kommunen fließen. Im Jahr 2017 werden weitere 1,5 Milliarden Euro bereit gestellt. Der Verteilschlüssel, nach dem die Summe an die Länder ausgereicht wird, berücksichtigt die Kriterien Einwohnerzahl, Kassenkredite und Arbeitslosenzahl. Brandenburg erhält entsprechend einen Anteil in Höhe von 3,0842 Prozent der Mittel, für 2015 sind das ca. 108 Millionen Euro. Den Ländern selbst wiederum kommt die Aufgabe zu, den ihnen zugewiesenen Betrag an die Kommunen weiterzureichen. Die Verteilschlüssel, die in den Ländern Anwendung finden, weisen bemerkenswerte Unterschiede auf. In Brandenburg wurden im Ministerium der Finanzen Kriterien zum Verteilmodus erarbeitet, die in erster Linie die Höhe der Kassenkredite verschuldeter Kommunen heranzogen.

In Niedersachsen werden die Gelder an Kommunen weitergereicht, die Empfänger von Bedarfszuweisungen oder Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich sind. In Nordrhein-Westfalen ist die Verteilung ebenfalls an die bisherige Auszahlung der Schlüsselzuweisungen geknüpft. In Thüringen hingegen werden die vom Bund zur Verfügung gestellten Summen pauschal an die Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl weitergereicht. Unterschiedlich in den Ländern geregelt ist auch die Verknüpfung der Mittel an eine etwaige Kofinanzierung durch die Kommunen. In Niedersachsen etwa soll der landesweite Anteil der Eigenfinanzierung bei 10 Prozent liegen, wobei die Summe aber je nach Kassenlage der Gemeinde zwischen fünf und 15 Prozent schwanken kann. Auch in NRW wird ein Eigenanteil von 10 Prozent der Investitionssumme erwartet. Bemerkenswert ist die Aufstockung der Bundesgelder in Rheinland-Pfalz. Durch einen Landeszuschuss kommt hier ein Verteilschlüssel von 80 Pro-

zent Bund, 10 Prozent Land und 10 Prozent Kommune zum Tragen.

In Brandenburg sind nach den vom Finanzministerium aufgestellten Kriterien sieben von 14 Kreisen finanzschwach sowie 114 von den 418 Kommunen im Land, darunter die drei kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder). Allein diese erhalten ca. 26,6 Millionen Euro, ein knappes Viertel der Brandenburg zugewiesenen Gesamtsumme.

Kritik

Bei aller Freude über den Geldsegen aus Berlin bleibt eine Reihe nicht zu übersehender Kritikpunkte. Nach einem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums beläuft sich der Investitionsstau in den Kommunen im gesamten Bundesgebiet mittlerweile auf 156 Milliarden Euro (Quelle: Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 20. April 2015). Gemessen daran sind die für 2015 und 2017 insgesamt bereit gestellten 5 Milliar-

den Euro des Bundes ein Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem ändert die punktuelle Zuweisung nichts an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunalfinanzen. Vor allem die stetig wachsenden Soziallasten, so die Kritik, erforderten strukturelle Hilfen des Bundes, die es den Kommunen ermöglichen, den Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung dauerhaft nachzukommen. Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen stehen ohnedies auf dem Prüfstand und sehen einer Neuordnung entgegen. Eine finanzielle Entlastung der Kommunen und ihrer laufenden Ausgaben gehört in diesem Zusammenhang dringend in das Verhandlungspaket. In Aussicht gestellt wurde die höhere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer, eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterbringung im Rahmen des SGB II sowie ein Bundes-Teilhabegesetz, das eine finanzielle Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe Behinderter bedeutete.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft den in den Ländern jeweils gefundenen Verteilmodus für die ausgereichten Mittel des Bundes. Finanzschwach kann, wie man an der variierenden Praxis der Länder sieht, ganz unterschiedlich definiert und interpretiert werden. In Brandenburg ist demnach derjenige finanzschwach, der bei vermeintlicher Haushaltsnotlage den Gang zur Bank nicht scheut und in Kassenkrediten ein probates Mittel sieht, „kurzfristige“ Liquiditätsgpässe zu überbrücken. Kann man von der Höhe der Kassenkredite tatsächliche Notsituationen oder Unterfinanzierungen kommunaler Haushalte ableiten oder nur die Solidität und Seriosität der Kassenführung? Bemerkenswert ist allemal, dass die drei kreisfreien Städte, deren Kreisfreiheit derzeit zur Diskussion steht, in den vergangenen Jahren reichlich zugelangt haben, wenn es um Kassenkredite ging. Das Land belohnt sie nun mit stattlichen Beträgen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes. Es mag bezweifelt werden, dass das zu einer dauerhaft spürbaren Entlastung der Stadtkassen oder einer nachhaltigeren kommunalen Haushaltspolitik führt – zu einer höheren Bereitschaft, die Kreisfreiheit preis zu geben, führt es jedenfalls nicht.

25 Jahre SGK im Land Brandenburg

Autor Niels Rochlitzer



SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz, SGK-Vorsitzende und Bürgermeisterin Ines Hübner und Martina Wardin bei der Auszeichnung langjähriger Mitglieder
Fotos (2): N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

Mit einem Kommunalkongress beging die SGK Brandenburg am 19. September ihren 25. Geburtstag, einer kommunalpolitischen Vereinigung mit Bildungsauftrag angemessen nicht mit Galarevue und Sekt Empfang im Ritz-Carlton, sondern mit einer inhaltlichen Debatte im Tagungssaal der Heimvolkshochschule am Seddiner See. Zum Auftakt des Kongresses ließ Bürgermeisterin Ines Hübner, Vorsitzende der SGK Brandenburg, die vergangenen 25 Jahre

Revue passieren und erinnerte an die SGK-Gründung am 15. September 1990, noch bevor das Land Brandenburg selbst mit der deutschen Wiedervereinigung wiedererrichtet wurde. Besonderen Dank sprach sie den Gründungsmitgliedern aus, von denen einige, darunter Oranienburgs Bürgermeister Hans-Joachim (Hansi) Laesicke und Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, der Einladung zum Kommunalkongress ge-

folgt waren. Ebenso dankte sie den vielen ehrenamtlichen Funktionären, die sich als Vorstandsmitglieder, Autoren und Referenten für die SGK Brandenburg engagiert haben und weiterhin engagieren. Besondere Erwähnung und Würdigung schenkte Ines Hübner den ehemaligen Geschäftsführern Bernd Feldhaus, Dietrich Hohmann und Christian Maaß. Dass die SGK Brandenburg heute, so die Vorsitzende, im Land nicht nur unter ihren Mitgliedern so großes



Podiumsgespräch zu 25 Jahren SGK Brandenburg mit Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke (Oranienburg), Liane Woellner und Bürgermeister Philipp Wesemann (Forst)



Gründungsmitglieder der SGK Brandenburg mit Klara Geywitz und Ines Hübner

Foto: N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

Vertrauen genießt, verdankt sie all deren verdienstvollem Einsatz.

Aufgaben von heute meistern

Zugleich stellte Bürgermeisterin Ines Hübner in ihrer Ansprache klar, dass es die aktuelle politische Agenda erfordere, auch an einem solchen Festtag nicht nur selbstreferenziell

zu feiern, sondern auch die heutigen Herausforderungen und jene von morgen ins Auge zu fassen und anzusprechen. Die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge nannte die SGK-Vorsitzende ebenso als eine Herkulesaufgabe, die aktuell von den

Kommunen geleistet werde, wie die vor uns liegende Verwaltungsstrukturreform. Zum Abschluss ihrer Rede unterstrich sie, welch wertvollen Beitrag die SGK Brandenburg zu leisten bereit und imstande ist, der Politik im Land und seinen Kommunen eine sozialdemokratische Handschrift zu geben.

Alle Generationen an einem Strang

Im anschließenden Podiumsgespräch, das SGK-Vorstandsmitglied Liane Woellner moderierte, warfen die beiden Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke (Kreisstadt Oranienburg), selbst zehn Jahre Vorsitzender der SGK Brandenburg, und Philipp Wesemann (Kreisstadt Forst) einen Blick zurück auf 25 Jahre sozialdemokratische Kommunalpolitik und einen Blick in die Zukunft. Zugleich unterhaltsame und aufschlussreiche Anekdoten kamen dabei ebenso zur Sprache wie mancher Apell an heutige Akteure, immer den Blick darauf zu richten, Probleme zu lösen, anstatt darauf, welche Rechtsnorm man dabei noch neu schöpfen könne. Besonders eindringlich war der Aufruf des selbst erst seit Juni 2015 die Geschicke der Stadt Forst lenkenden Philipp Wesemann, alle Generationen an Kommunalpolitik zu beteiligen, sie dazu zu ermutigen und einzuladen. Dabei sei es auch notwendig, junge

Anzeige

MACH'S MIT GENOSSEN

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags. Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!



Innen- und Kommunalminister Karl-Heinz Schröter stellte den Leitbildentwurf zur Verwaltungsstrukturreform vor



Diskutierten auf dem Podium: Kai Weber, Dr. Burkhard Schröder, Minister Karl-Heinz Schröter, Dr. Harald Sempf, Karl-Ludwig Böttcher, Kerstin Kircheis und Christian Großmann
Fotos (2): N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

Menschen anzusprechen und einzubinden. Schon bei der nächsten Kommunalwahl 2019 drohe anderenfalls der SPD die Gefahr, ihre Listen nicht annähernd mit Kandidatinnen und Kandidaten füllen zu können.

Reform zwischen Notwendigkeit und Chance

Der inhaltliche Teil des Kommunalkongresses wurde mit einem Vortrag des Ministers des Innern und für Kommunales, Karl-Heinz Schröter,

eröffnet. Die Handlungsnotwendigkeiten und -voraussetzungen für eine Verwaltungsstrukturreform, die angesichts der Rücklage im Landeshaushalt und der in den nächsten Jahren zu erwartenden Personalab-

gänge aus Altersgründen aktuell vorhandenen Spielräume, standen dabei im Mittelpunkt. Nachdrücklich warb der Minister für die anstehende Reform und appellierte an die Vernunft und Kompromissbereitschaft der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politiker, sich an der Debatte und am Reformprozess zu beteiligen und sich der Reform nicht zu verschließen.

Mit offensichtlicher Lust und Freude an der Diskussion folgten im Anschluss daran die Teilnehmer der Podiumsdebatte, die Harald Sempf, Schatzmeister der SGK Brandenburg, weitaus informativer (und vor allem selbst informierter) wie auch unterhaltsamer moderierte als jeder Fernsehkollege.

Das Spektrum sozialdemokratischer Kommunalpolitik sollte dabei im Podium abgedeckt werden, um möglichst alle Aspekte in die Diskussion einfließen zu lassen. Mit einer Mischung aus haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden ist dies gelungen. Die mit Temperament und Lust an der konstruktiven Auseinandersetzung ausgetragene Debatte machte Mut und Lust auf weitere 25 Jahre sozialdemokratische Kommunalpolitik und SGK im Land Brandenburg.

Anzeige



DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK



JETZT AUF FACEBOOK BESUCHEN!

www.facebook.com/demo.online



Veranstaltungshinweis

Warschau kommunal

Die Altstadt der Polnischen Hauptstadt

Foto: Pixabay

**SGK-Seminar
in der polnischen
Hauptstadt
vom 3. bis 6. März 2016**

In Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Gesundheitsverband veranstaltet die SGK Brandenburg in Warschau ein Seminar mit kom-

munal- und sozialpolitischem Themenschwerpunkt. Neben dem Erfahrungsaustausch mit polnischen Kommunalpolitikern und dem Er-

kunden der Hauptstadt Polens werden Gespräche mit Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, ein Besuch des Polnischen Parlaments, des Sejm, sowie kommunal- und sozialpolitischer Einrichtungen auf dem Programm stehen.

Die gemeinsame Anreise erfolgt per Zug, die Unterbringung in einem Warschauer Mittelklasse-Hotel.

Für Reise- und Unterbringungskosten wird ein Eigenanteil von 120,- Euro für SGK-Mitglieder erhoben.

Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen beschränkt.

Interessenten melden sich bitte bei der Geschäftsstelle der SGK Brandenburg telefonisch unter 0331 / 73098200 oder per E-Mail an nrochlitzer@sgk-potsdam.de

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

Unsere Grundwerte reichen weiter als bis zur österreichischen Grenze

Ein Kommentar von Niels Rochlitzer

Deutschland
W heißt
illkommen.

zu allen Orten des Landes gründen sich Willkommens-Initiativen. Das Engagement vieler freiwilliger Helfer bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge ist beispielhaft. Brandenburg beweist, dass es ein gastfreundliches und weltoffenes Land ist. Wo Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zutage treten, müssen wir uns dem entgegenstellen.

Allein im zurückliegenden Monat September hat das Land Brandenburg so viele Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen wie im gesamten Jahr 2014. Für das Jahr

2015 liegen die aktuellen Prognosen bei Zahlen zwischen 24 000 und 30 000 Menschen, die nach Brandenburg kommen und bei uns Schutz und Zuflucht suchen. Es wä-

re naiv oder vollkommen realitätsfremd zu leugnen, dass diese Zahlen das Land, seine Politik und seine Bewohner vor große Herausforderungen stellt. Und doch – in nahe-

Zugleich aber wächst mit der auch in den Kommunen mittlerweile spürbar steigenden Zahl der Flüchtlinge die Gruppe der Menschen, die angesichts dessen besorgt sind, weil sie selbst jeden Monat aufs Neue Schwierigkeiten haben, finanziell über die Runden zu kommen,

Anzeige

JETZT kostenlos Probelesen!

DEMO als Zeitung im neuen Format

DEMO
 VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Probeabonnement für 3 Monate jetzt kostenlos bestellen:
www.demo-online.de
 ☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

weil Gehalt, Rente oder empfangene Sozialleistungen nicht ausreichen. Wer selbst meint, nur ein kleines Stück vom Kuchen abzubekommen, schaut umso neidischer auf die Stücke der anderen. Verantwortungsvolle sozialdemokratische Politik muss daher in diesem Punkt mindestens zwei wichtige Aspekte berücksichtigen: die humanitäre Verpflichtung zur Hilfe für fliehende und Asyl suchende Menschen, zu deren Unterbringung, Versorgung und Integration auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Verstärkung sozialpolitischer Maßnahmen, etwa des sozialen Wohnungsbaus, gegenüber den darauf angewiesenen Bürgerinnen und Bürgern hierzulande. Beides muss man auch deutlich sagen und erklären.

Deutlichkeit in Wort und Tat muss man auch von der Bundesregierung, insbesondere von der Bundeskanzlerin erwarten, nicht halbherzige Symbolpolitik. Vor allem müssen wir vom Bund aber erwarten und einfordern, dass die gesamtstaatliche Aufgabe der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auch auf gesamtstaatlichen Schultern getragen wird. Das finanzielle Engagement des Bundes ist noch unzureichend und es ist bedauerlich wie lange selbst jüngste Konzessionen auf sich warten ließen.

Schließlich ist es auch die Aufgabe der Bundesregierung, mit deutlich mehr Nachdruck gesamteuropäische Solidarität einzufordern. Die in Europa Zuflucht Suchenden müssen in ALLEN Mitgliedsstaaten der EU Aufnahme finden. Kein Land darf sich aus der Verantwortung stehlen, schon gar nicht, wenn es umgekehrt sonst bereitwillig die Solidarität der übrigen Staaten in Anspruch nimmt. Es ist nicht nur verantwortungslos, es ist im höchsten Maße inhuman, sich abzuschotten, wenn Menschen um ihr Leben rennen.

Die deutsche Sozialdemokratie, und mit ihr die SGK Brandenburg, bekennt sich seit jeher zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte sind universal. Sie reichen weiter als bis zur österreichischen Grenze.

Ausschreibung der Kommunalakademie 2015

Die Kommunalakademie 2015 findet an zwei Wochenenden im November statt:

**6. November, 17.00 Uhr, bis 7. November, 17.00 Uhr und
20. November, 17.00 Uhr, bis 21. November, 17.00 Uhr
Ort: Hotel Markgraf, Friedensstraße 13, 14797 Kloster Lehnin**

Geplantes Programm:

Freitag, 6. November 2015

bis 17.00 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
17.00 – 17.30 Uhr	Begrüßung und Kennenlernen der Seminarteilnehmer
17.30 – 19.30 Uhr	Überzeugend wirken – Rhetorik in der Kommunalpolitik
19.30 – 21.30 Uhr	Abendessen und anschließender Kaminabend mit Klaus Ness, MdL und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Samstag, 7. November 2015

Frühstück	
9.00 – 12.00 Uhr	Grundlagen der Kommunal Finanzen und kommunaler Finanzausgleich
12.00 – 13.00 Uhr	Mittagessen
13.00 – 15.00 Uhr	Klare Kommunikation – Rhetorik in der Kommunalpolitik 2
15.00 – 15.15 Uhr	Kaffeepause
15.00 – 17.00 Uhr	Gewerkschaften – Partner und Akteur in der (Kommunal-)Politik

Freitag, 20. November 2015

bis 17.00 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
17.00 – 19.00 Uhr	Kommunalrechtliche Grundlagen
19.00 – 21.30 Uhr	Abendessen und anschließender Kaminabend mit Klara Geywitz, MdL und Generalsekretärin des SPD-Landesverbandes Brandenburg

Samstag, 21. November 2015

Frühstück	
9.00 – 12.00 Uhr	Baurecht und Bauplanungsrecht
12.00 – 13.00 Uhr	Mittagessen
13.00 – 15.00 Uhr	Erlebnis- und erfahrungsorientierter Umgang mit / Arbeit an Konflikten
15.00 – 15.15 Uhr	Kaffeepause
15.00 – 16.30 Uhr	Die doppische Buchführung in kommunalen Haushalten
16.30 – 17.00 Uhr	Abschlussrunde und Evaluation

Von Mitgliedern der SGK wird ein Teilnahmebeitrag in Höhe von 50,- Euro erhoben, von Nicht-Mitgliedern in Höhe von 150,- Euro.

Im Teilnahmebeitrag sind die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie für Tagungsunterlagen inbegriffen. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

**Eine Anmeldung bis zum 15. Oktober ist erforderlich und möglich unter: mwardin@sgk-potsdam.de,
Tel.: 0331 73098200 oder schriftlich an SGK Brandenburg e.V., Alleestraße 9, 14469 Potsdam**